

Neujahrsansprache 2024

gehalten vom Vorsitzenden der Peter-Imandt-Gesellschaft Michael Quetting
am 8.1.2024 im Kino 8 ½ in Saarbrücken

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Freunde!
Broschd Neijöhr!

Herzlich willkommen auf dem traditionellen Neujahrsempfang der Peter Imandt Gesellschaft und der Rosa Luxemburg Stiftung Saar mit Film und Diskussion hier im Kino Achteinhalb in Saarbrücken.

In diesem Januar blicken wir auf 25jährige Existenz als Peter-Imandt-Gesellschaft zurück. Und wir versichern Euch, dass wir weiterhin aufklärerisch und informativ Bildungsarbeit betreiben wollen. Und so bedanken wir uns heute ganz besonders herzlich bei allen, die an unserer Arbeit mitgewirkt haben und es immer noch tun. Wir danken allen Freundinnen und Freunden, die mit uns diskutieren, mit uns auf Reisen gehen und mit uns schlauer werden. Ich danke Gesine Kleen und Patric Bies, Dank unserem Vorstand und allen Referenten, Dank an unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten und Dank an Dr. Stephan Peter, der uns jetzt als Bildungsreferent verlässt und der unsere Werkstatt Wirtschaftsdemokratie aufgebaut, viele Veranstaltungen organisierte und 13 Newsletter herausgab. Wir grüßen alle unsere Gäste, die mit uns heute auf unsere 25 Jahre und auf das neue Jahr anstoßen.

Wir begrüßen das neue Jahr 2024 mitten in einem Sammelsurium von Krisen, Katastrophen und Kriegen.

Unter dem harmlos klingenden Label „Zeitenwende“ erleben wir eine massive Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen. Dies wird deutlich in der Sprache ebenso wie in der ungeheuren Aufrüstung und dem immer stärker auch öffentlich ausgedrückten deutschen Großmachtstreben. Als Friedensbewegter ist man spätestens seit Beginn des Ukrainekriegs durch die einseitige Berichterstattung einem großen Konformitätsdruck ausgeliefert und schnell zum

Putinverstehler mutiert, wenn man für Waffenstillstand, Verhandlungen und gegen Waffenlieferungen ist sowie Sanktionen ablehnt.

Der sozialdemokratische Kriegsminister spricht es aus: „Wir müssen wieder kriegstüchtig werden.“ Er beschwört die reale Gefahr eines weiteren Krieges in Europa.

Es gab zahlreiche Warnungen, dass die westliche Eskalation gegen Russland, die NATO-Osterweiterung und die Folgen des Maidan-Umsturzes zu einem Krieg in Europa führen können. Die Medien und die Regierungen tun so, als ob es das nie gegeben hätte. Die Schuldigen sind für sie klar benannt, es sind die Russen.

Warum ist das so? Der Grund ist schnell genannt. Wir leben im Kapitalismus. Krieg ist ein Geschäft. Die weltweiten Militärausgaben sind 2022 auf den Rekordwert von 2,24 Bio. US-Dollar angestiegen. Davon entfallen auf die USA 39%, auf China 13% und auf Russland nur 3,9%. Die 29 NATO-Staaten steuern 1,18 Bio. € bei.

Den stärksten Anstieg gibt es in Europa vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges. Demgegenüber wurden weltweit nur 319 Millionen Dollar für die Welthungerhilfe und 204 Mrd. Dollar für die Entwicklungshilfe aufgebracht.

Die Verwendung des Volksvermögens für tödliche Waffen ist Diebstahl an den Armen. Ist es nicht so, dass die Rüstung in aller Welt Konflikte erzeugt, Entspannung gefährdet, soziale Missstände verewigt und das friedliche Zusammenleben der Völker verhindert? Kriege und Rüstung tragen massiv zu Klimaschädigungen bei, die 2022 volkswirtschaftlich 270 Mrd. Dollar an Kosten verursacht haben und demnächst zu neuen Verteilungskriegen und Fluchtbewegungen führen.

Das höchste Rüstungsniveau in der Menschheitsgeschichte hat die Kriege nicht eingedämmt, sondern

befördert. Die USA, China und Russland haben die mächtigsten Armeen der Welt mit jeweils 1,4 Mio. bis 2 Mio. Soldaten, die NATO mit insgesamt 3,3 Mio. Soldatinnen und Soldaten. Mit einer Truppenstärke von 184.000 Soldaten und 15.000 Reservisten steht Deutschland auf Platz 26 des Rankings der größten Armeen der Welt. Hierzulande arbeiten 135.000 Menschen in der Rüstungsindustrie, die ca. 30 Mrd. € Wertschöpfung erwirtschaftet.

Wir sind das Land mit der stärksten Rüstungsindustrie und mit den höchsten Verteidigungsausgaben in Europa. Und für dieses Jahr haben wir die Zahlungen für den Krieg in der Ukraine verdoppelt. Das sind vier Jahre Kindergrundsicherung, verfeuert im Stellungskrieg im Donbas mit tausenden Toten.

Mit dem Krieg und dem Irrsinn des Wirtschaftskrieges einher geht die Inflation und die Rezession. Sie wird vermutlich auch dieses Jahr weitergehen, im Moment wird von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 Prozent ausgegangen. Damit ist Deutschland das Schlusslicht unter den Industriestaaten. Neben den hohen Kosten für Energie ist vor allem die lahrende Nachfrage durch die wegbrechende Kaufkraft der Haupttreiber der sich verschärfenden Wirtschaftskrise.

Der Bundeshaushalt für das dieses Jahr sieht Kürzungen statt Investitionen und Steuererhöhungen statt Entlastungen vor. Ersteres wird die Wirtschaft noch weiter abwürgen, Letzteres zu einer neuen Inflationsrunde führen.

Neben vielen anderen Kriegen bewegt uns in diesen Tagen auch der Nahostkrieg. Gesprochen wird von einer Staatsräson, an der man nicht rütteln darf. Fraglos gibt es eine besondere deutsche Verantwortung gegenüber Israel, aber auch gegenüber den Palästinensern. Denn die israelische Staatsgründung im Jah-

re 1948 war in erster Linie eine Folge des von Deutschland zu verantwortenden Holocausts am europäischen Judentum.

Das Bekenntnis zur Staatsräson bedeutet seit Machiavelli die unbedingte Treue zum eigenen Staat und zwar um jeden Preis, unabhängig von Recht und Verfassung. Das Konzept der Staatsräson ist ein vordemokratisches. Es signalisiert ein rein taktisches Verhältnis zu verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten und demokratischen Werten.

Wer von einer Staatsräson spricht, geht davon aus, dass es unabhängig von Recht und Verfassung nationale, d.h. im Klartext: Interessen der herrschenden Klasse gibt, die unter allen Umständen zu verteidigen seien, d.h. ohne Bindung an das geltende Recht auf nationaler wie internationaler Ebene.

Keine Frage, gerade wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für jüdisches Leben und ich füge hinzu, ich verteidige auch das Existenzrecht Israels. Aber diese Verantwortung verpflichtet uns nicht, die rücksichtslose Kriegsführung der Regierung Netanjahu als Selbstverteidigung zu benennen und zu unterstützen.

Die veröffentlichte Meinung hat auf den Saarbrücker Demos für den Frieden in Palästina Antisemitisches entdeckt. Jeden Samstag demonstrieren Palästinenser durch die Landeshauptstadt. Ich bin weit davon entfernt, in diesem Konflikt und Krieg in eine Schwarz-weiß-Malerei zu verfallen, aber ich kann mich auch nicht der Bitte nach Solidarität entziehen und ich kann nur zustimmen, wenn sie skandieren „Kinderermord bleibt Kinderermord - egal an welchem Ort“. Und ich kann lesen, die Demonstrantin neben mir trug das Schild mit der Aufschrift „Wir sind keine Antisemiten. Wir haben nichts gegen Juden.“

Im Saarland wurde eine Rechtsreferendarin ermahnt, sie habe sich antisemitisch geäußert. SPD, CDU und AFD sind sich einig, strafrechtliche Konsequenzen werden diskutiert. Nur zur Erinnerung. Sie hat ein Bild mit verschiedenen Spitzenpolitikern des Landes anlässlich

eines Schweigemarsches aus Solidarität mit Israel kommentiert. Sie schrieb: „Am 10. Oktober habt ihr euch solidarisiert. Seit dem sind 2.360 palästinensische Kinder ermordet worden. Sie waren euch keinen Post wert. Ihr trägt alle dessen Blut an euren Händen. Ihr wusstet es alle. Man hätte sich für Frieden einsetzen sollen. Geschichte besteht aus Fakten. Nicht aus einer Laune heraus. Schämen solltet ihr euch. Für jedes ermordete Kind stehe ich gerade. Auf beiden Seiten! DAS ist Solidarität ihr Haufen Dreck!... [sic]“.

Ich kenne die Referendarin nicht, ich will noch nicht einmal ausschließen, dass sie antisemitisch denkt. Aber aus dem Text kann ich das nicht lesen. Auch ich kann diese Doppelmoral nicht ertragen. Uneingeschränkte Solidarität mit all jenen, die unter Krieg und Bomben leiden müssen. Kinderermord bleibt Kinderermord - egal an welchem Ort

Immer mehr Menschen beklagen eine Einseitigkeit in der deutschen Berichterstattung und sehen eine erhebliche Diskrepanz zwischen deutschen und internationalen Medien. Kritisiert wird insbesondere, dass deutsche Medien häufig die israelische Perspektive überbetonen, ohne dabei Meldungen aus Israel kritisch zu prüfen.

In Saarbrücken erlebten wir im Dezember wie die aus Südafrika stammende jüdische Künstlerin Candice Breitz von der Museumschefin wieder ausgeladen wurde, weil sie sich angeblich nicht genügend von dem Massaker der Hamas distanziert habe. Das stimmte zwar nicht, aber die renommierte Künstlerin hatte auch die israelische Regierung kritisiert, und darin sehen viele in Deutschland einen Antisemitismus.

Wenden wir den Blick vom Krieg zur Umwelt.

Nach einigem Gerangel hat sich die Weltklimakonferenz in Dubai auf eine Abschlusserklärung geeinigt. Erstmals wird zur Abkehr von fossilen Brennstoffen aufgerufen. Wobei es schon etwas skurril ist, dass es 28 Klimakonferenzen gebraucht hat, um die Reduzierung der fossilen Brennstoffe in Rich-

tung Null-Netto-Emissionen überhaupt als Ziel zu benennen – und noch dazu in einer sehr verwachsenen Form mit vielen Hintertürchen. Von Ausstieg ist nicht die Rede.

Enttäuschend für die Länder des Globalen Südens, die von den imperialistischen Zentren in Unterentwicklung und Verschuldung gehalten werden, aber vom Klimawandel am stärksten betroffen sind. Seit rund 30 Jahren fordern Länder des globalen Südens einen Fonds, in den reiche Industriestaaten einzahlen – vor allem, weil sie auch für die meisten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind – und der armen Ländern beisteht, wenn sie von einer durch die Klimakrise verstärkten Naturkatastrophe heimgesucht werden. Investitionen in Höhe von Billionen von Dollar sind erforderlich, eine entsprechende Vereinbarung gibt es nicht.

Es droht eine Erderwärmung von ungefähr 3,2° bis zum Ende des Jahrhunderts. Die globale Katastrophe wird Dürren und extreme Wetterereignisse befördern sowie den Meeresspiegel ansteigen lassen. Sie wird Ernteausfälle, Hunger für Milliarden Menschen und Migrationsströme nach sich ziehen.

Ferner wird ein großes Problem einfach ignoriert: Der US-Militärapparat ist laut Medienberichten der weltweit größte institutionelle Verbraucher von Erdölprodukten und der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen. Andere Armeen haben entsprechend ihrer Größe und Aktivitäten ähnliche Auswirkungen aufs Klima. Trotzdem werden die Folgen des Militärssektors für das Klima bei den entsprechenden Konferenzen seit 1997 ausgeblendet.

Aber, damit habe ich die Problemlagen bei weitem nicht beschrieben.

Ford, ZF, Michelin, Kaufhof, Schröder, Café Schubert, Bäckerei Heil - Vernichtung von Arbeitsplätzen. Insolvenzverfahren beim Krankenhaus Merzig. Chaos in den Neunkircher Krankenhäusern. Die Pisa-Studie unterstreicht unser mangelndes Wissen im Vergleich

zur restlichen Welt. Altenheime unbezahlbar. Arbeitsbedingungen unerträglich. Personalmangel von der Kita bis ins Altenheim. Inflation. Naturkatastrophen. Armut. Personalnot. Tariffucht. Das sind die Schlagwörter zum Jahreswechsel. Das Faß läuft über. Heute begannen die Bauern mit ihrer Bambule. Die Ampel rudert bei der Streichung der Agrarhilfen ein wenig zurück, die Bauern bleiben aber in Rage. Dabei ist die Steuerfrage lediglich ein Symptom, eigentlich müsste es um eine völlig andere Agrarpolitik gehen. Die Bundes- und Landesregierung legen die Axt ans Soziale an. Den Reichen wird es gegeben. den Armen wird's genommen. Und gleichzeitig verpulvert man Milliarden für eine sinnlose Hochrüstung. Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt. Und wir erleben national wie international wie die Rechten immer stärker werden. Hierzulande werden in diesen Tagen der multiple Krisen des Kapitalismus gerne Worte wie „Gürtel enger schnallen“ oder „die guten Zeiten sind vorbei“ verwendet. Anderswo fallen bildlich gemeinte Ansagen noch drastischer aus, so in Argentinien, wo der im November gewählte Präsident Javier Milei seine Amtsgeschäfte aufgenommen hat. So wie in Deutschland zielt auch in Argentinien das markige Verhalten der politischen Klasse einzig darauf ab, soziale Standards für die Mehrheit der Menschen zugunsten einer gierigen, nimmersatten, machtgeilen Minderheit zurückzudrängen. Leider treibt die aktuelle Politik der Ampelkoalition viele Wähler in die Arme der AfD. Die AfD schafft es offensichtlich, sich als eigentliche Oppositionspartei darzustellen, und profitiert dabei von der immer tieferen Spaltung der Gesellschaft und dem tragischen Versagen der Linkspartei. Dabei ist gerade in sich als links verortenden Kreisen das „Bekämpfen der AfD“ ein Identitätsstiftendes Merkmal. Doch wie „bekämpft“ man die AfD? Die bisherige Strategie, jeder inhaltlichen Positionierung der AfD durch die Übernahme der exakten Ge-

genposition zu begegnen, ist für jeden erkennbar gescheitert und hat die AfD nicht etwa kleiner, sondern größer gemacht. Notwendig erscheint mir die Vertretung einer deutlichen Gegenposition gegen die Ampelregierung zu sein. Diese Regierung arbeitet im Rahmen einer aggressiven NATO-Politik mit eigenem Machtanspruch mit vereinfachtem Schwarzweißdenken und Feindbildern, um den Kampf für die US-dominierte westliche Hegemonie, Kriege, eine zunehmend autoritäre Politik und drastischsten Sozialabbau zu rechtfertigen. Und damit will ich es belassen im Beschreiben und Bewerten der aktuellen Lage. Notwendig ist ein Bruch mit dem System. Es reicht nicht, nur zu appellieren, auch Stellvertreterpolitik ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es muss unsere Aufgabe sein, die Menschen zu befähigen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Ihr werdet nicht jeden Zungenschlag von mir teilen, aber sicherlich zustimmen, dass die Lage recht schwierig ist und leider die demokratische Bewegungen und die Gewerkschaften nicht auf der Höhe der Zeit agieren. Wir zeigen gleich den DEFA-Film „Kontra Hitler an der Saar“. Es geht um 90 Jahre Einheitsfrontabkommen. Dieser Streifen aus dem Jahr 1984 versuchte die Stimmungen der Arbeiterbewegung des Jahres 1934 einzufangen. Es gibt historische Aufnahmen und Zeitzeugen, die der eine oder andere von uns noch kennen mag, wie die verstorbenen Julius Schneider und Richard Kirn, auch Oskar Lafontaine, damals noch Oberbürgermeister von Saarbrücken. Der letzte Zeitzeuge dieser Produktion ist der damalige Redaktionsleiter Dr. Michael Polster, den ich ganz herzlich hier begrüße. Wie im Versailler Vertrag vorgesehen, wurde 1935 den Saarländern die Entscheidung über die Zukunft des Saarlandes zur Abstimmung gestellt. Im Grunde waren sich die Saarländer in dieser Frage auch einig. Die Rückkehr nach Deutschland wurde lange Zeit von allen politischen Kräften befürwortet.

Mit der Regierungsübernahme Hitlers veränderte sich jedoch diese Situation.

Berichte von Emigranten, die im Saarland vor den Faschisten Zuflucht suchten, und die aufmerksame Beobachtung der zunehmenden Aushöhlung der Demokratie in Deutschland ließen eine Anti-Hitler-Opposition entstehen, die unter den gegebenen Umständen für die Beibehaltung des Status quo kämpfte. Es kommt hier an der Saar zum Einheitsfrontabkommen. es handelt sich um das erste gemeinsame Dokument der SPD und der KPD auf deutschem Boden. Dieser Einheitsfront aus Sozialdemokraten und Kommunisten schlossen sich später etwa 2.000 engagierte Katholiken an. Intellektuelle wie Bertolt Brecht oder Thomas Mann ergriffen für sie publizistisch Partei.

Im gesamten Land entstanden einheitliche Kampfkomitees gegen den Anschluss an Hitlerdeutschland.

Am 26. August 1934 führte die Einheitsfront aus SPD und KPD im Saargebiet die größte antifaschistische Kundgebung, die zwischen 1933 und 1945 auf deutschem Boden stattfand, in Sulzbach durch.

Viele Emigranten wirkten im Saarland. Die SPD nannte im November 1933, 587 Sozialdemokraten und 282 parteinaher Organisationen, die Kommunisten sprachen von 600 Personen 1935.

Im Saargebiet erschien die „Saarländische Gewerkschafts-Zeitung“ hier kann man am 23. März 1934 über eine ADGB-Kundgebung, auf der Kollege Dobisch referierte, lesen „Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird sich solange einer Rückgliederung mit allen Mitteln widersetzen, solange in Deutschland an Stelle von Freiheit und Gerechtigkeit Brutalität, Terror und Willkür herrschen.“ Im Maiaufruf hieß es u.a.: „Der Kampf, den wir heute führen, wird in die Geschichte eingehen! Wir kämpfen hier für die Freiheit – gegen das Konzentrationslager! Und wir kämpfen nicht nur für uns, sondern für unsere Kameraden in Deutschland.“

Im Spätherbst kam es zu Zusammenschlüssen der ADGB-Gewerkschaften und der oppositionellen RGO-Verbände. Herausragende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung sammelten in diesen Monaten und Jahren Erfahrungen von bleibendem Wert, wir nennen Erich Honecker und Herbert Wehner, Fritz Dobisch, Richard Kirm, Wilhelm Frisch, Josef Wagner und viele andere.

Gleichwohl waren die Waffen in der Propagandaschlacht vor der Wahl sehr ungleich verteilt. Die „Deutsche Front“, in der de facto alle Parteien außerhalb der politischen Linken vereint waren, konnte unter der Führung des späteren Wehrwirtschaftsführers Hermann Röchling massiv auf die Meinungsbildung im Saarland einwirken. Und die Kirchen standen auf Hitlers Seite. Das hatte wohl ausschlaggebende Bedeutung. Sowohl der Bischof von Speyer als auch der von Trier griffen offen in einem profaschistischen Sinne in die politischen Auseinandersetzungen ein.

Gegenüber der fremdartigen Lösung Status quo vertraten die Faschisten solche überzeugende Lösungen wie „Heim zur deutschen Mutter“ und „nix wie hemm“, ihre Gleichschaltung brachte ihnen eine Massenbasis.

Die Abstimmung am 13.1.1935 brachte ein eindeutiges Ergebnis. Von den 820.000 Einwohner der Saar waren nur 450.000 stimmberechtigt. Insgesamt gab es 539.541 Stimmberechtigte, unter ihnen auch jene Saarländer, die im Reichsgebiet lebten und eigens zum Abstimmungstag mit Sonderzügen an die Saar gefahren wurden, manche bewusst zu Propagandazwecken extra neu eingekleidet.

90,7 Prozent votierten für die Rückgliederung, 8,7 Prozent für den Status quo. Hitler erzielte an der Saar seinen ersten großen außenpolitischen Erfolg. Eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung.

Im Saarland herrschte nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses eine Progromstimmung. Nach der Abstimmung flohen

8.000 Saarländerinnen und Saarländer ins Ausland, die meisten emigrierten nach Frankreich. In Forbach wurde eine Flüchtlingsberatungsstelle eingerichtet, daraus entstand später die Grenzstelle der Sozialdemokraten, auch die KPD hatte dort einen Grenzstützpunkt. Von dort wurde der Widerstand im Saarland organisiert.

Der Anschluss des Saargebietes an Hitlerdeutschland war ein großer Sieg Hitlers und Röchlings, eine bittere Niederlage für die Demokraten. Aber die Einheitsfront stellte die Weichen für den späteren antifaschistischen Widerstand von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen und den Neubeginn nach 1945.

Um die Faschisten zu schlagen bedurfte es der Anti-Hitler-Koalition, bedurfte es des mutigen Kampfes der Völker der Sowjetunion. Von den 50 Millionen Toten kam etwa jeder Zweite aus der Sowjetunion, davon allein 10 Millionen tote Soldaten und Kriegsgefangene.

Wir sind zu recht stolz auf das was unsere Vorfahren vor 90 Jahren hier an der Saar geleistet haben. Und das gemeinsame Vorgehen gegen Hitler hatte auch Folgen im Bemühen um die Errichtung einer Volksfront, im sogenannten Spanischen Bürgerkrieg, wo hunderte Saarländer und Saarländerinnen gegen den Faschismus auf der Seite der Internationalen Brigaden kämpften, was dazu führte, dass in Spanien mit dem deutschen Namen nicht lediglich die Verbrechen der Legion Condor verbunden werden, dass deutsche Antifaschisten in der Résistance oder im Nationalkomitee Freies Deutschland kämpften. So gesehen, gehören die Einheitsfrontler des Jahres 1934 zu den Siegern der Geschichte. Die Faschisten wurden geschlagen.

Und doch bleibt die Frage, was hätten sie anders machen müssen, um die Nazis, um die Deutsche Front, um Hitler und Röchling zu schlagen? Am 13. Januar waren wir auf der Verliererstraße, 90 % der Abstimmenden stimmten gegen uns. Vielleicht wäre der verbrecherische Krieg verhindert worden, wenn es uns gelungen

wäre, die Menschen für den Status Quo zu gewinnen. Es gelang den Antifaschisten nicht, Mord und Verbrechen zu verhindern, Hitler zu stürzen und eine Situation vermeiden, in der das deutsche Volk versagte. Trotz dem Abkommen vom August 1934 gelang das nicht, gelang es nicht, die Menschen von dem Unglück zu überzeugen, was über sie kommt, wenn sie für Hitler stimmen.

Es reicht offensichtlich nicht, nur das Richtige zu sagen und zu schreiben, wir müssen es auch so sagen, dass die Menschen es verstehen und dass sie ihre eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen. Ein starker Gegner verlangt eben das kluge Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte, unabhängig von weltanschaulichen oder politischen Auffassungen für einen erfolgreichen Kampf für Frieden, für die sozialen Rechte, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen und die Arbeitslosen.

Wir sehen uns jetzt den Film von dem DDR-Dokumentarfilmer Rolf Schnabel an, der Film wurde für das DDR-Fernsehen gedreht, dort aber nie gezeigt. Anschließend werden Dr. Michael Polster und Dr. Ralph Schock, der vielen von uns als Literaturwissenschaftler, Publizist und Literaturredakteur des Saarländischen Rundfunks bekannt ist und der u.a. über den großen saarländischen Schriftsteller und ebenfalls Kämpfer gegen den Anschluss an Hitlerdeutschland, Gustav Regler, seine Dissertation geschrieben hat, und ich als Vorsitzender der Peter Imandt Gesellschaft ein paar Hintergründe des Einheitsfrontabkommens beleuchten versuchen, dies wird von Hannah Akgül vom Landessprecherinnenrat der Linksjugend Solid moderiert werden.

In diesem Sinne, Euch allen einen interessanten Abend und uns allen neue Erkenntnisse und ein Jahr, in dem wir mit unserem Rücken ein wenig von der Wand wegkommen. Lasst mich mit Rosa Luxemburg schließen: „So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer unverzagt und lächelnd. Trotz alledem.“